

Grüne und Alternative
in den Räten von Baden-Württemberg
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. 0711 9935990, Fax 0711 9935999
Mail: gar@gar-bw.de www.gar-bw.de



Dezember-Rundbrief 2009

Liebe GAR-Mitglieder,

in diesem letzten Rundbrief in 2009 findet Ihr aktuelle Informationen zu folgenden Themen:

1. Das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die Auswirkungen für die Kommunen
2. Wenn Arbeitsagentur und Kommune sich wieder getrennt um Langzeitarbeitslose kümmern
3. Klimaschutzziele für Baden-Württemberg – ein Grundsatzpapier anlässlich Kopenhagen
4. Rekommunalisierung der Stromversorgung – Beispielanfrage und Presseberichte
5. Schwellenwerte für EU-weite Vergaben herab gesetzt
6. GAR-Jahreshauptversammlung am 30. Januar 2010 mit Vorstandswahlen
7. GAR-Seminar für Mitglieder in Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen am 30.01.2010
8. Das neue Heft der AKP ist erschienen
9. Veranstaltungshinweis – Mit Europa aus der Krise
10. Umbruch in der Automobilwirtschaft
11. Das Jahresendgedicht und der Jahresendcartoon vom Schatzmeister ausgesucht

Wir von der GAR,
der Vorstand (Bettina Lisbach, Andreas Schwarz, Uli Sckerl, Jürgen Hirning), die Geschäftsführerin (Sabine Schlager), und die Herrin über Buchhaltung und Mitgliederverwaltung (Sue Fuchs) bedanken uns für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr und freuen uns auf das engagierte Miteinander in 2010.
Für die Sitzungspause wünschen wir euch allen viel Zeit für schöne Dinge, und zu Weihnachten jetzt schon frohe Festtage.

Mit herzlichen Grüßen im Namen von uns allen
Sabine Schlager

1. Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz – Steuersenkung auf Pump

1.1 Grüne Bürgermeister schlagen Alarm

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz bringt den Kommunen hohen Einnahmeverluste
Klaus-Peter Murawski, Bürgermeister und Vorsitzender von Grünkom e.V., dem Verband grüner kommunaler Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten kritisiert das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, welches den Kommunen nach konservativen Rechnungen des Bundesministerium der Finanzen BMF Einnahmeverluste von 1,57 Mrd. Euro bringt.
Dabei sind die Städte und Gemeinden von der Wirtschaftskrise besonders betroffen. Im Vergleich zu Bund und Ländern tragen die Kommunen die größeren Verluste der drastischen Einbrüche bei den Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben der Sozialleistungen. Allein im Jahr 2009 fehlen den Städten und Gemeinden 8,6 Mrd. Euro an Steuereinnahmen. Sie sinken von 80,4 Mrd. in 2008 auf 71,8 Mrd. in 2009. Während Bund und Länder ein Minus von 5 Prozent bzw. 6,7 Prozent bei den Steuereinnahmen hinnehmen müssen, vollzieht sich die Krise bei den Kommunen mit einem Minus von 10 Prozent wesentlich dramatischer. Dies hat zur Folge, dass im kommunalen Gesamthaushalt mit einem Einbruch von bis zu 11 Mrd. Euro in 2009 zurechnen ist. Im nächsten

Jahr sagen die Steuerschätzer ein weiteres Minus von 4 Prozent bei den Steuereinnahmen voraus - trotz leichter Konjunkturerholung.

Mit dem jetzt geplanten Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden die Kommunen mitten in der Krise zusätzlich geschwächt. Der Finanzierungsanteil der Städte und Gemeinden an diesen Entlastungen (Gesamtvolumen 8,5 Mrd. Euro) in Höhe von mindestens 1,57 Mrd. Euro ist im Vergleich zu Bund und Ländern sehr hoch, da Schwarz-Gelb bereits in einem ersten Schritt an der Gewerbesteuer-Schraube dreht und die Kommunen in besonderer Weise von den Unternehmenssteuern abhängig sind.

Die gesamte Pressemitteilung steht auf der GAR-Internetseite und kann im GAR-Büro bestellt werden.

1.2 Hintergrundinformationen zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz

Die Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes hat die kommunalpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion Britta Hasselmann zusammen gestellt. Das Papier steht auf der GAR-Internetseite <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1382> und kann im GAR-Büro bestellt werden.

1.3. Musteranfrage an Gemeinden zum „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“

Um die Auswirkungen auf die jeweils eigene Kommune abzufragen und um die Kommunalfeindlichkeit der Koalitionsbeschlüsse auf die jeweils eigene Kommune herunterzubrechen, hat Britta Hasselmann, MdB eine Musteranfrage entwickelt, Sie steht ebenfalls auf der GAR-Internetseite und kann im GAR-Büro bestellt werden.

2. Die künftige getrennte Trägerschaft von Arbeitsagentur und Kommunen

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Brigitte Pothmer hat ein Papier zu Plänen der neuen Regierung in Sachen Jobcenter verfasst:

„Die neue schwarz-gelbe Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag die Auflösung der Jobcenter und die zukünftige Fortführung der Grundsicherung in getrennter Trägerschaft von Arbeitsagenturen und Kommunen beschlossen. Davon ausgenommen bleiben die bestehenden Optionskommunen, die dauerhaft weiterarbeiten sollen. In beiden Fällen will die Koalition ohne eine Verfassungsänderung auskommen, in beiden Fällen bestehen jedoch begründete Zweifel daran, ob das möglich ist.

Die Entscheidung von Union und FDP steht nicht nur deren bisher vertretenen Positionen, sondern auch unseren grünen Forderungen diametral entgegen. Für eine zukunftsgerichtete Arbeitsmarktpolitik setzen wir Grünen auf weniger Zentralismus, mehr kommunalen Einfluss, mehr Flexibilität vor Ort, mehr qualifiziertes Personal und mehr Rechte für die Betroffenen.

- Wir halten daran fest, dass auch zukünftig die jeweiligen Kompetenzen der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen zu Gunsten der langzeitarbeitslosen Menschen gebündelt werden und dabei die kommunalen Erfahrungen besser berücksichtigt werden.
- Wir fordern auch eine sichere Rechtsgrundlage für die bestehenden Optionskommunen und wollen darüber hinaus zukünftig auch weiteren Kommunen die Durchführung der Grundsicherung in Eigenregie ermöglichen.
- Außerdem wollen wir die Rechte der Arbeitssuchenden stärken und flexibel anwendbare arbeitsmarktpolitische Instrumente schaffen.

An diesen Zielen arbeiten wir weiter. Wir wollen mithilfe von ExpertInnen und PraktikerInnen konkrete Vorschläge dafür erarbeiten und damit die anstehende politische Auseinandersetzung begleiten. In einem ersten Schritt haben wir zu eurer Unterstützung die Entscheidung von Union und FDP hinterfragt und bewertet und die Konsequenzen der getrennten Trägerschaft skizziert.....“

Dieses Papier zur geplanten Auflösung der Jobcenter steht auf der GAR-Internetseite <http://www.gar-bw.de/index.php?id=4637> und kann im GAR-Büro bestellt werden.

3. Klimaschutzziele im Land – ein Grundsatzpapier anlässlich Kopenhagen

Zum Auftakt der Klimakonferenz in Kopenhagen hat Franz Untersteller, MdL die bisherige Klimaschutzpolitik der Landesregierung einer kritischen Überprüfung unterzogen. Anhand sieben ausgesuchter Handlungsfelder wird darin mit konkreten Zahlen belegt, welche enorme Defizite im Hinblick auf die notwendige Absenkung der Treibhausgase im Land nach wie vor bestehen. Das Ergebnis ist mehr als ernüchternd. Abgerundet wird das Papier von einem 10-Punkte-Katalog, der Leitlinie für ein ambitioniertes Klimaschutzkonzept 2020 sein könnte.

Das Papier steht auf der GAR-Internetseite <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1384> und kann im GAR-Büro bestellt werden

4. Die Debatte um die Rekommunalisierung der Stromversorgung bleibt aktuell

Die Grünen in Asperg haben einen umfangreichen Fragenkatalog an die Stadtverwaltung erstellt und in der Begründung dafür die Vorteile von eigenen Netzen gegenüber der Netzgesellschaft von NEV und EnBW hervorgehoben.

Der Antrag steht auf der GAR-Internetseite <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1384> und kann im GAR-Büro bestellt werden.

Ein zusammenfassender Artikel im Staatsanzeiger vom 4.12.09 zu dieser Problematik ist neben weiteren Presseberichten ebenfalls auf der Homepage der GAR nachzulesen.

5. Schwellenwerte für europaweite Vergaben herabgesetzt

Ab dem 01.01.2010 müssen die Gemeinden wie die anderen öffentlichen Auftraggeber bei europaweiten Vergaben neue Schwellenwerte berücksichtigen. Diese werden wie folgt abgesenkt:

- bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen von 206.000 Euro auf **193.000 Euro**,
- bei Bauaufträgen von 5.150.000 Euro auf **4.845.000 Euro**.

Die für Sektorenauftraggeber geltenden Schwellenwerte für EU-Vergaben werden für Liefer- und Dienstleistungsaufträge von 412.000 Euro auf 387.000 Euro und für Bauaufträge von 5.150.000 Euro auf 4.845.000 Euro angepasst.

Diese angepassten Schwellenwerte wurden am 01.12.2009 im Amtsblatt der Europäischen Union (L 314/64) veröffentlicht und sind unter dem folgenden Link nachzulesen:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:314:0064:0065:DE:PDF>

6. Einladung zur GAR-Jahreshauptversammlung am 30. Januar 2010 um 15:30 Uhr

Am Samstag, den 30.1.2010 findet um 15:30 Uhr die GAR-Jahreshauptversammlung statt.

Die Tagesordnungspunkte sind:

- Rechenschaftsbericht des Vorstandes für 2008 und 2009
- Kassenbericht über die Haushalte 2008 und 2009
- Entlastung des Vorstandes
- Bericht der GAR-Geschäftsführerin über die GAR-Arbeit in 2009
- GAR-Haushalt 2010 – Einbringung und Beschlussfassung
- Jahresplanung 2010
- Wahl des GAR-Vorstandes für 2010 und 2011
- Aktuelles, Sonstiges

Wir freuen uns sehr über eine rege Beteiligung an dieser Mitgliederversammlung!

7. Einladung zum Seminar für Aufsichtsratsmitglieder in kommunalen Unternehmen

Am 30. Januar 2010 von 10:30 bis 15:00 Uhr findet im Landtag in Stuttgart ein Seminar für **Aufsichtsratsmitglieder in kommunalen Unternehmen** statt. Die rechtliche Rahmen dieser Mandate und das Lesen und Verstehen von Bilanzen sind die beiden Themenschwerpunkte dieses Seminars. <http://www.gar-bw.de/typo3/backend.php>

Anmeldungen können ab sofort an das GAR-Büro gerichtet werden.

8. Die neue AKP ist erschienen

Ausgabe 6/2009 der Zeitschrift "Alternative Kommunalpolitik" enthält wieder viele interessante Beiträge, u.a. zu folgenden Themen:

Kommunalwahlen in NRW, Urbane Spielfelder in Cottbus, Konflikte um Moscheebau, Jugendgewalt & Prävention, Vergaberecht und Selbstverwaltung. Das Schwerpunktthema in AKP 6/2009 lautet "Wirtschaft und Arbeit": Die neue schwarz-gelbe Regierung prescht mit Hartz IV-Streicheleinheiten und Steuersenkungsplänen für Reiche und Unternehmer munter vor. Eine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Konzeption mit Neuheitswert ist dahinter aber nicht wirklich zu erkennen. Und wir Grünen? Wir haben in der Oppositionsrolle viel Zeit, den "Green New Deal" auch kommunalpolitisch in trockene Tücher zu packen.

Aktuelle Leseprobe auf www.akp-redaktion.de: "Eine Steilvorlage für die Anti-Atom-Bewegung" - Jochen Stay zur Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung.

Einzelpreis der AKP: 9 Euro plus 1,20 Euro Versand, Abopreis ab 2010 (6 Ausgaben): 56 Euro
Alternative Kommunalpolitik, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568
akp@akp-redaktion.de

9. Mit Europa aus der Krise – Einladung zu den Europäischen Gesprächen im Landtag am 21.1.2010

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben etliche Regierungen überall auf der Welt gewaltige Konjunkturprogramme aufgelegt, auch die EU und ihre Mitgliedsstaaten. Mit diesen schuldenfinanzierten Programmen soll nicht nur die Wirtschaft belebt, sondern auch der Klimawandel bekämpft werden.

Die Veranstaltung geht den Fragen nach: Wie grün sind die Konjunkturprogramme, EU-Finanzinstrumente und die Struktur- und Regionalfonds und was bewirken sie? Was müssen wir - hier vor Ort und in Europa - tun, um unsere Wirtschaft neu zu justieren und zugleich den hohen Energie- und Ressourcenverbrauch zu senken? Wie kann der ökologische Umbau unserer Wirtschaft gelingen? Und was ist von den Milliarden aus Brüssel und Berlin in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs tatsächlich angekommen?

Link zur Veranstaltung <http://www.heide-ruehle.de/heide/fe/pub/de/dct/720>

10. Umbruch in der Automobilwirtschaft

Auswirkungen von Klimawandel, verändertem Konsumverhalten und technologischen Innovationen
Der siebte gemeinsam vom Verband Region Stuttgart, der IHK, der Handwerkskammer und der IG Metall Region Stuttgart herausgegebene Strukturbericht behandelt in seinem Basisteil die aktuelle Entwicklung des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsgewerbes der Region Stuttgart.

Im Schwerpunktkapitel des Berichts wird auf den Umbruch in der Automobilindustrie und damit der Schlüsselbranche der Region Stuttgart bzw. in Baden-Württemberg eingegangen. Der Bericht zeigt auf, wie weit das Automobilcluster über die verschiedenen Zulieferebenen die regionale Wirtschaft beeinflusst. Jeder sechste Arbeitsplatz findet sich bei Herstellern, Zulieferern, Dienstleistern oder auf den Fahrzeugbau hin orientierten Forschungseinrichtungen.

In einem eigenen Abschnitt werden die möglichen Auswirkungen sich abzeichnender Veränderungen in der Antriebstechnik, bei Umweltauflagen, den Absatzmärkten bis hin zum Nutzerverhalten thematisiert. Dazu wurden die unterschiedlichen Einschätzungen und das Wissen einer ganzen Reihe von Schlüsselpersonen des Automotive-Clusters ausgewertet.

Wie in jedem Strukturbericht werden aus den Befunden Handlungsempfehlungen abgeleitet, die sich im Schwerpunkt an die Akteure in der Region Stuttgart richten.

Der Strukturbericht steht auf der GAR-Internetseite unter <http://www.gar-bw.de/index.php?id=2308>

11. Gedicht und Cartoon vom Schatzmeister ausgesucht

Du musst das Leben nicht verstehen

Du musst das Leben nicht verstehen,
dann wird es werden wie ein Fest.
Und lass dir jeden Tag geschehen
so wie ein Kind im Weitergehen von jedem Wehen
sich viele Blüten schenken lässt.

Sie aufzusammeln und zu sparen,
das kommt dem Kind nicht in den Sinn.
Es löst sie leise aus den Haaren,
drin sie so gern gefangen waren,
und hält den lieben jungen Jahren
nach neuen seine Hände hin.
(Rilke)

TOUCHE

by OTOM



TOUCHE

by OTOM

